

Sie fängt an wie manche Geschichte aus der Heroenzeit mit langen Jahren vergeblichen Ringens. Die Tagebücher Theodor Herzls haben uns gezeigt, wie seine Versuche immer wieder mißlingen. Die Verhältnisse in Europa schienen fest und gesichert, und ein Narr war der, der an die Rückgabe Palästinas an die Juden glaubte. Dann aber kam der Weltkrieg, die Starrheit der Grenzen löste sich, alle Besitzverhältnisse wurden schwankend, und dies war der Augenblick, in dem die Energie und die Tatkraft einiger jüdischer Politiker das Unvorstellbare erreichte. Die Würfel des Schicksals sind nun einmal gefallen und wir brauchen uns nicht mit dem zu beschäftigen, was gekommen wäre, wenn der Ausgang des Krieges ein anderer gewesen wäre. So gilt unsere Aufmerksamkeit nur der Arbeit derjenigen, die die jüdische Sache in den politischen Zentren der Mächte vertraten, die später siegreich bleiben sollten. Hier schien der Kampf der jüdischen Vertreter zunächst ein aussichtsloser zu sein. England, Frankreich und Rußland hatten für den Fall ihres Sieges einen Geheimvertrag abgeschlossen, der die Besitzverhältnisse im vorderen Orient neu regelte. Frankreich und England waren seit jeher an diesen Ländern interessiert, der Zar als Oberhaupt der griechisch-orthodoxen Kirche wollte sich einen Einfluß auf die heiligen Stätten der Christenheit sichern. Dieser Vertrag, der die Namen des britischen und französischen Unterhändlers, Sir Mark Sykes und M. Picot trägt, sah für Palästina eine Aufteilung des Landes vor. Nach ihm sollte England den Nordteil Palästinas mit Haifa und Akko als Ausgang seines anderen Besitzes im vorderen Orient nach dem Mittelmeer erhalten, Südpalästina mit Jerusalem sollte dagegen in einem Condominium aller drei Mächte verwaltet werden. Dieser Sykes-Picot-Vertrag war den zionistischen Politikern ursprünglich unbekannt (erst die Bolschewisten haben ihn zusammen mit anderen Schriftstücken aus den russischen Archiven veröffentlicht). Aber er bestand und verurteilte alle Anstrengungen zur Erfolglosigkeit. Erst als die bolschewistische Revolution in Rußland den Vertrag hinfällig machte, war es möglich, daß die Politik der zionistischen Diplomaten als ein neuer und die Wirklichkeit gestaltender Faktor in das politische Schachspiel eingriff. (Fortsetzung folgt.)

Aus aller Welt

Herriot als Redner in einer Pro-Palästina-Kundgebung

Paris. (JTA.) Die Gesellschaft „Frankreich-Palästina“, zu deren Mitgliedern viele französische Staatsmänner, Gelehrte und Künstler gehören, hat für den 24. März zu einer großen öffentlichen Kundgebung für das jüdische Palästina eingeladen. Die Gesellschaft kündigt an, daß der französische Kammerpräsident und frühere Ministerpräsident Edouard Herriot der Hauptredner in dieser Versammlung sein wird. Neben ihm werden noch sprechen: Justin Godart, der Präsident der Gesellschaft, sowie P. L. Couchoud, der „Eindrücke aus dem jüdischen Palästina“ wiedergeben wird. Die Gesellschaft „Frankreich-Palästina“ steht unter dem Patronat des Präsidenten der Republik, Doumergue. Ehrenpräsidenten sind: Briand, Herriot, Jules Cambon, Paillé und Poincaré.

15 Monate Gefängnis für den Antisemiten Heinrich Pudor

Leipzig. Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, hatte sich heute der 60jährige Rasseantsemit Dr. phil. Heinrich Pudor aus Leipzig, zu verantworten. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, in den Nummern 12 und 13 der von ihm redigierten Zeitschrift „Hakenkreuz“ mehrere Artikel geschrieben zu haben, die zur Ermordung des Außenministers Dr. Stresemann und zu Gewalttaten gegen Juden aufforderten. Gleichzeitig wurde in einem anderen Artikel Reichspräsident v. Hindenburg auf schwerste verleumdet und beleidigt. Pudor schrieb, daß der Reichspräsident ein Gefangener der Juden sei. — Pudor wurde wegen Vergehens gegen Paragraphen 7 und 8 des Republiksschutzgesetzes zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe verurteilt, sowie zur Tragung der Prozeßkosten.

Die polnischen Behörden und die Fachschulen der „ORT“

Im Zusammenhang mit der Tatsache, daß der Warschauer Magistrat eine jährliche Subvention für das Fachschulwesen des Verbandes „ORT“ bewilligt hat, inspizierte der Inspektor für Fachschulwesen, Ing. Tomaszewski, die Anstalten für technische Ausbildung der Gesellschaft „ORT“ und sprach sich dahin aus, daß die „ORT“-Anstalten auf einem hohen pädagogischen wie technischen Niveau stehen und daß die Unterrichtserfolge ein Maximum darstellen. In dem gleichen Sinne sprach sich auch der Vertreter des Unterrichtsministeriums aus, der ebenfalls die „ORT“-Schulen inspizierte.

Herr Seldte „nach wie vor gegen fremdrassige Elemente“

Berlin. (JTA.) Das Münchener Hitler-Organ „Völkischer Beobachter“ meldete vor kurzem, daß der Bundesführer des „Stahlhelm“, Franz Seldte, sich geäußert hätte, daß er für seinen Bund fortan keine Judenfrage mehr kennen wolle.

Nunmehr schreibt Herr Seldte in dem Wulle-Organ „Deutsches Tageblatt“, er habe niemals eine solche Äußerung getan, der „Stahlhelm“ schließe nach wie vor fremdrassige Elemente, gleich welcher Konfession oder Rasse, von der Aufnahme in seine Reihen aus und gehe dabei weit über die Bestimmungen anderer Verbände hinaus.

Deutschnationaler Landes-Parteitag und Judenfrage

Berlin. (JTA.) Im Rahmen des Deutschnationalen Landesparteitages sprach Fräulein Hedwig Bötzow über „Politische Ziele im öffentlichen Leben“. Auf allen Gebieten, klagte die Rednerin, denen der Sittlichkeit, Kultur und Politik, sind die Deutschen überfremdet. Theater, Musik und Kino sind völlig undeutschen Geistes. Blätter, wie die „Deutsche Zeitung“, müssen sich mühsam ihren Weg erkämpfen, Judenblätter werden ins Volk geworfen. Auch die Familie ist in ihrem Keim schon vom jüdischen Gift betroffen. Wir müssen, schloß die Rednerin, den Kampf dagegen aufnehmen, ganz besonders die Frauen. Wir müssen Gesetze fordern, daß kein Jude die Staatsangehörigkeit behalten kann und daß, wer einen Fremdstämmigen heiratet, die Staatsangehörigkeit verliert.

Der amerikanische Kongreß für die Koscher-Bill

Washington. Das jüdische Kongreßmitglied Dickstein hat ein Gesetz vorgeschlagen, wonach diejenigen Geschäftsleute und insbesondere Fleischverkäufer, die das Wort „Koscher“ auf ihrem Geschäftsschild führen, verpflichtet sein sollen, tatsächlich nur nach jüdischem Ritus einwandfreie Waren feilzubieten; jede Uebertretung soll schwer geahndet werden. Ein ähnliches Gesetz besteht bereits im Staate Neuyork. Die Kongreßkommission hat zunächst beschlossen, den Antrag Dickstein, dem Kongreß nicht vorzulegen. Nunmehr wird mitgeteilt, daß der Columbia-Distrikt des Kongresses es übernommen hat, das Projekt dem Kongreß zu unterbreiten. Unter den Kongreßmitgliedern ist die Stimmung für die Annahme des Projektes.

Der britische Reichsrabbiner Dr. Hertz, hat das Kongreßmitglied Dickstein gebeten, ihm den Text der Koscher-Bill zu übermitteln, da er die Absicht habe, ein ähnliches Gesetz für das britische Reich und die Kolonien anzulegen.

Die katholische Esperanto-Organisation für ein jüdisches Palästina

Paris. (JTA.) Das offizielle Organ der Internationalen katholischen Esperanto-Organisation, „Espero Catholica“, schreibt: „Bisher bestand in katholischen Kreisen eine feindliche Einstellung gegenüber dem Zionismus, die hauptsächlich Befürchtungen im Zusammenhang mit den Heiligen Stätten entsprang. Der Völkerbund aber setzte in seinem, den Zionismus anerkennenden Akt fest, daß nichts unternommen werden solle, was die zivilen und religiösen Rechte der nichtjüdischen Gemeinschaften in Palästina beeinträchtigen könnte. Auch die Zionistische Organisation versichert, sie sei vom Geiste brüderlicher und gemeinsamer Arbeit mit den übrigen Bewohnern des Landes beseelt. Angesichts dessen müssen wir den „Chauvinismus des Mittelalters“, da wir die Juden als unsere Erbfeinde ansahen, verbannen. Wir müssen gerecht denken und uns nicht dem falschen Glauben hingeben, daß wir im Sinne Gottes handeln, wenn wir den Zionismus bekämpfen. Zerschlagen wir die Mauer, die uns von den Juden trennt; widmen wir uns der göttlichen Arbeit, dem jüdischen Volke unsere Freundschaft zu beweisen.“

Wie man in Rumänien Juden enteignet

Czernowitz. Bei der Durchführung der Agrarreform in Rumänien wurden in der Regel nichtjüdische Großgrundbesitzer geschont, jüdische Mittel- und Kleingrundbesitzer zuweilen vollkommen enteignet. In der „Ostjüdischen Zeitung“ bespricht Dr. Josef Thau den typischen Fall Leopold Löwy. Leopold Löwy, ein siebenbürgischer Jude, war vor dem Kriege ein wohlhabender Mann. Im Kriege leistete er vier Jahre hindurch Militärdienst, bis er am 2. November 1918 heimkehrte. Schon vier Tage nach seiner Rückkehr hatte die Revolution auch sein Heimatstädtchen Lunca erreicht, sämtliche Juden des Städtchens wurden bis aufs Hemd ausgeplündert.

„Löwy wurde von den Ortseinwohnern total beraubt“, heißt es in zwei amtlichen Bestätigungen, deren Abschriften uns in beglaubigter Form vorliegen, „und er blieb mit Frau und fünf Kindern

ohne Obdach“. Löwy war naiv genug, in einem Prozeß gegen die Plünderer aufzutreten, denn er kannte sie alle. In seiner Gegenwart hatten sie die „Revolution gemacht“ und im Hause fast jeden Dorfbewohners sah er Kleider, Möbelstücke, Bettzeug, Geschäftseinrichtung usw., die ihm gehörten. Nichts half. Auf Grund seines Erlasses des Conseil dirigent, wonach „Revolutionsschäden“ nicht geklagt werden können, wurde Löwy abgewiesen und die Plünderer in ihrem Eigentum geschützt. So blieb denn unserem Löwy nichts anderes übrig, als seine Grundstücke in Lunca zu verkaufen und in ein Nachbarstädtchen, Hateg, zu übersiedeln, wo er andere Grundstücke — 17 Joch — erwarb. Mit Hilfe aufgenommenen Darlehen schaffte er sich landwirtschaftliche Geräte an, bearbeitete selbst den Boden und schaffte sich so eine kärgliche Existenz. Löwy würde sich schlecht und recht durchgebracht haben, aber es kam die Agrarreform. Zuerst wurden seine Grundstücke in Zwangspacht gegeben und nachher wurde Löwy ganz enteignet. Die Agrarkommission fand, daß er bis zum Jahre 1918 Handel getrieben hatte und er gemäß den Bestimmungen des Agrargesetzes enteignet werden kann. Und wenn ein Jude enteignet werden kann, dann muß er enteignet werden. Löwy mußte es schon ganz besonders, denn auf seinen Boden wartete — ein reicher rumänischer Gerber, der von der Agrarreform auch seinen Teil haben wollte.

So ist denn unser Löwy, vor gar nicht langer Zeit ein wohlhabender Mann, mit Frau und fünf Kindern auf milde Gaben angewiesen und aus einem produktiv tätigen Menschen, einem nützlichen Mitglied der Gesellschaft, ist ein Luftmensch geworden, der sich und anderen zur Last fällt.

Der Bericht schließt: „Ein Einzelschicksal nur, aber eines von vielen! Es gibt der Löwys mehr in unserem Vaterlande“.

Ein Aufruf des deutschen Verbandes zur Förderung der Universität Jerusalem

Der Deutsche Verband zur Förderung der Universität Jerusalem veröffentlicht einen Aufruf an die jüdische Intelligenz in Deutschland, dem Verbande beizutreten und durch Mitarbeit seine Ziele zu fördern. Unterschrieben ist der Aufruf von 83 führenden jüdischen Gelehrten, Schriftstellern, Künstlern und Politikern in Deutschland.

In dem Aufruf wird u. a. gesagt: „Das große Interesse, daß die für die kulturelle Entwicklung ganz Vorderasiens bedeutsame, von Juden aller Länder und aller Parteien zu schaffende Universität Jerusalem in der nichtjüdischen Gelehrtenwelt gefunden hat, legt uns als Deutschen und Juden in gleicher Weise die Verpflichtung auf, nach Kräften an dem Ausbau und der Erhaltung dieser Universität mitzuarbeiten. Durch den in kurzer Zeit zu erwartenden Beitritt Deutschlands zum Völkerbund und seine Aufnahme in den Völkerbundsrat gehört Deutschland zu den Staaten, die über das Schicksal des Mandatslandes Palästina mit zu bestimmen haben. Es liegt im deutschen Interesse, daß die Ergebnisse deutscher Forschung und die deutschen Arbeitsmethoden an der Universität Jerusalem gebührend berücksichtigt werden. Auch für die notwendig werdende Inneneinrichtung mit Instrumenten, Präzisionsmaschinen usw. ist die deutsche Mitarbeit erstrebenswert.“

Ein Aufruf der jüdischen Studentenschaft von Jassy

Jassy. (JTA.) Die jüdische Studentenschaft von Jassy erließ einen Appell an die jüdische Öffentlichkeit, in welchem bedauert wird, daß die jüdische Öffentlichkeit die für das Recht auf Kultur kämpfenden und stets in ihrem Leben bedrohten jüdischen Studenten nicht genug unterstützt, obwohl die Angriffe der antisemitischen Studenten gegen die ganze Judenheit des Landes gerichtet sind. Wir sind uns bewußt, heißt es in dem Appell weiter, daß die Aktion zur Verjagung der jüdischen Studentenschaft aus den Universitäten ein ernster Versuch ist, ein Regime der Erniedrigung, des Terrors und der Unterdrückung der ganzen jüdischen Bevölkerung wieder einzuführen. Die jüdische Studentenschaft aber ging zu den Vorlesungen selbst unter Androhung von Gewalt- und Mordtaten. Unter Lebensgefahr sind sie zu den Vorlesungen gegangen, da die Straße stets für die Mordbanden frei war. Beim Verlassen der Hörsäle wurden die jüdischen Studenten mit Stöcken und Eisenstangen geschlagen, viele wurden erheblich verletzt. Die jüdischen Studentinnen wurden angespielt, gehohlet, zu Boden geworfen und mit Füßen getreten. 10 Studenten müssen dauernd das Bett hüten. Der Appell schließt:

„Von euch, jüdische Brüder, verlangen wir, daß ihr uns in eurer Eigenschaft als treue Bürger dieses Staates unterstützt und euch mit uns vereinigt, um Folgendes zu fordern: Das Recht an der Kultur! Sicherstellung der Ruhe und unseres Lebens auf den Universitäten und außerhalb derselben. Eure Intervention wird wertvoller sein, je rascher sie erfolgt.“

Kra
Passah
an ein
Städt
Polin
stätt
schlep
und w
schneid
gekomp
Umgeg
Polizei
führte
und in
Bei ein
wickelt
zwei F
Händer
gaben
ihre A
es sich
Komple
mehr
Propag
Die jü

Mo
russisc
Moise
Tätigk
andere
union
staltun
Prof
jüdisch
boren.
wane
trat. V
selbst
10. S
wurde
beweg
dort f
Händ
Parise
Name
öffent
zinsch
brach
Bron
schaft
Krank
heitsc
Zentr
Rußla
vner